

Grundsteuer an die Länder zurückgeben

**Beschluss des Vorstands des Parlamentskreis Mittelstand der
CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag**

10. April 2019

Der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) ist der Ansicht, dass der Bund auf eine Neuregelung der Grundsteuer gänzlich verzichten soll. Der PKM fordert deshalb die Bundesregierung auf, ein Freigabegesetz vorzulegen, das es den Ländern ermöglicht, die Grundsteuer eigenverantwortlich entsprechend der länderspezifischen Gegebenheiten und Besonderheiten zu regeln. Die Regelung einer Ländersteuer durch die Länder ist gelebter Föderalismus und stärkt die Länder.

Begründung

Die Verhandlungen zu einer konsensualen Reform der Grundsteuer sind gescheitert. Die Vorstellungen des Bundesfinanzministeriums und der gestern unabgestimmt veröffentlichte Referentenentwurf sind nicht geeignet, eine Einigung der am Gesetzgebungsprozess Beteiligten aus Bund und Ländern herbeizuführen.

Der PKM lehnt den gestern vorgelegten Referentenentwurf des Bundesfinanzministeriums ab. Es bestehen erhebliche verfassungsrechtliche Zweifel an der Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die vorgelegten Regelungen. Weder aus Art. 105 Abs. 2 GG in Verbindung mit Art. 72 Abs. 2 GG, noch aus Art. 125a GG kann eine solche Gesetzgebungskompetenz abgeleitet werden.

Hinzukommen inhaltliche Bedenken an der vorgelegten Regelung. Der Besteuerungsgrund für die Grundsteuer soll das Äquivalenzprinzip sein. Eine Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit soll bei der Grundsteuer gerade nicht erfolgen. Dementsprechend lehnen wir das im Referentenentwurf enthaltene Wertmodell ab und sprechen uns für ein Flächenmodell aus, damit das Äquivalenzprinzip gewahrt wird. Der vorgelegte Referentenentwurf benachteiligt die für den Mittelstand wichtigen Gewerbeimmobilien und Eigentümer kleinerer Immobilien. Er sieht eine nicht gerechtfertigte unterschiedliche Besteuerung von staatlichen und privaten Eigentümern als Vermieter von Wohnimmobilien vor und führt darüber hinaus zu einer enormen Bürokratie in den Verwaltungen und bei den Eigentümern.

PKM
Parlamentskreis Mittelstand

Christian Frhr. von Stetten MdB
Vorsitzender

Dr. Philipp Birkenmaier
Geschäftsführer

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-52316
F 030. 227-56203

pkm@cducsu.de
www.cducsu.de

Ein Freigabegesetz, mit dem der Bund auf die Gesetzgebungskompetenz verzichtet und den Ländern ermöglicht, die Grundsteuer eigenverantwortlich zu regeln, ist die beste Lösung für eine Reform der Grundsteuer. Die Länder bekämen die Möglichkeit, diese Ländersteuer entsprechend ihren Gegebenheiten und Notwendigkeiten zu regeln. Denn die Anforderungen an die Ausgestaltung der Grundsteuer sind in einem Flächenland anders als in einem Stadtstaat. Die Rückgabe der Grundsteuer würde die Länder und den Föderalismus stärken und einer klaren Kompetenzverteilung entsprechen. Das war auch das Ziel der letzten Föderalismuskommission.